

MZ 29.05.2002

Ettringen wählt zwischen mehreren Übeln

Von den Trassen für die gemeindliche Umgehungsstraße hat jede ihre Haken - Die Zeit drängt - Gretchenfrage Bahnübergang

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder
Ettringen.

Wie mehrfach berichtet, will die Gemeinde Ettringen, ähnlich wie Türkheim, für ihre Umgehungsstraße die Sonderbaulast übernehmen und strebt nun ein eigenes Verfahren an. In den letzten vier Monaten wurden mit Behörden und Fachleuten zahlreiche Gespräche über den besten Trassenverlauf geführt. Der Gemeinderat sieht sich mit einer höchst problematischen Situation konfrontiert.

Bürgermeister Robert Sturm erläuterte in der jüngsten Sitzung, Ziel der langwierigen Vorgespräche sei es, eine möglichst konfliktfreie Trasse zu finden, die im Bebauungsplanverfahren nicht gekippt werden könne. Anwesend waren auch Vertreter der Ingenieurbüros Thielemann und Kacerovsky sowie Josef Merk vom Straßenbauamt Neu-Ulm.

Wenn es der Gemeinde Ettringen nicht gelingt, sich noch heuer das Baurecht und damit auch die nötigen Zuschüsse zu sichern, ist die Umgehungsstraße für die nächsten 20 Jahre gestorben. Eine konfliktfreie Lösung scheint es nicht zu geben. Von den sieben (!) angedachten Trassen blieb letztlich wenig übrig. Die A4 ist planerisch möglich, wird aber vom Verkehr nicht angenommen. Für die A3 wird der Naturschutz definitiv keine Genehmigung erteilen.

Hinzu kommt, dass die Oberste Baubehörde eindeutig klar gestellt hat, dass weder A3 noch A4 im Rahmen einer Sonderbaulast - also mit rund 70 Prozent - bezuschusst würden, sondern deutlich geringer. Damit ist auch die ins Auge gefasste Zusammenarbeit mit Türkheim, die eine Art variiertes Y-Lösung vorsah, obsolet geworden, denn Türkheim wäre nicht bereit, die anfallenden Mehrkosten zu tragen. Die vom Planungsbüro Zettler dringend empfohlene Variante A2 hat sich ebenfalls als wertlos erwiesen. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die Wertach Bestandteil eines europaweiten Programms zum Gewässerrückbau und deshalb eine Durchschneidung nicht möglich ist. Die A1 führt zu nah am Ort vorbei, hier wäre mit Protesten der Bevölkerung zu rechnen.

A6 am vielversprechendsten

Übrig bleiben die Varianten A6 und A5.3, wobei die A6 die vielversprechendste zu sein scheint. Hier sind sich immerhin die Fachbehörden einig, das Bebauungsplanverfahren scheint durch Einsprüche am wenigsten gefährdet, und der Grundstücksverbrauch hält sich in Grenzen. Allerdings wären extrem viele Grundstücke betroffen (die Gemeinde müsste mit 37 Eigentümern verhandeln), und das Wasserschutzgebiet würde sehr nahe tangiert.

Weitere Konflikte zeichnen sich am Horizont ab mit den Belangen der Jagd, des Waldes und der Rad- und Wirtschaftswegeführung. Ein zentrales Thema der Diskussion war außerdem der zu schaffende Bahnübergang. Wie zu erfahren, wird bei Neuanlagen ein sogenannter höhengleicher Übergang - also mit Schranke und Ampel - aus Sicherheitsgründen grundsätzlich nicht mehr genehmigt, sondern eine Brückenüberführung gefordert. Diese wäre aber ein starker Eingriff in die Landschaft. Unter Umständen könnte Ettringen jedoch vom Bundesverkehrsministerium eine Ausnahmegenehmigung für einen höhengleichen Übergang erwirken, falls eine bereits bestehende Kreuzung von Bahngleis und Wirtschaftsweg anerkannt würde. Das Verfahren hierfür scheint allerdings schwerfällig und langwierig, der Ausgang ungewiss. Auf der sicheren Seite wären die Planer nur mit einer Brücke, die übrigens - man höre und staune - sogar geringfügig billiger käme. In der mehrstündigen Diskussion wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen. Erwin Doll und Ulrich Plukas warnten davor, das Wasserschutzgebiet zu durchschneiden. Sie gaben zu bedenken, dass die Variante A1, wenn man sie geringfügig nach Süden verschieben und kurz vor der Wertach mit der A6 zusammenführen könnte. „gar nicht so schlecht“ sei. Es wären hier nur vier Grundstückseigentümer betroffen.

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeister Sturm vermerkte als unerwartet erfreulich, wie professionell und konstruktiv die Regierung von Schwaben die Gemeinde bei ihren Problemen unterstützt habe. Robert Sturm ging es um eine einmütige Haltung des Gemeinderats. So beschlossen die Gemeinderäte dann auch einstimmig, für die Trasse A6 zunächst einen Korridor zwischen A6 und A2 vermessen zu lassen, um ausreichend Spielraum bei den anstehenden Grundstücksverhandlungen zu haben. Was die Bahnkreuzung betrifft, so soll der 10. Juni abgewartet werden. Laut Merk werden an diesem Tag Gespräche zwischen Regierung und Bahn AG stattfinden, von denen er sich eine konkretere Stellungnahme erhofft. Je nach Ergebnis will der Gemeinderat dann entscheiden, ob eine Brücke geplant oder eine Ausnahmegenehmigung beantragt wird. Klar ist den Gemeinderäten, dass sie hier eine Jahrhundertentscheidung treffen müssen, die, wie Aigster feststellte, auch die zukünftige Ortsentwicklung beeinflussen wird.

MZ 06.07.2002

Umgehungs-Trasse nimmt Formen an

Ettringen beschließt Änderung des Flächennutzungsplans - Brückenbau unumgänglich

Ettringen (emf).

Nach Vorgesprächen mit den Fachbehörden des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft hat die Gemeinde Ettringen jene Trasse für ihre Ortsumgehung, die den Ort weit südlich umfahren hätte, ad acta gelegt. Die neue Trasse macht eine Änderung des Flächennutzungsplans notwendig.

Die neue Trasse soll nun eine Ost-West-Verbindungsline zwischen der heutigen Staatsstraße 2015 und der im Flächennutzungsplan vorgemerkten Trasse östlich der Wertach beschreiben, die in einer Entfernung von 800 bis 900 Metern zum heutigen Bebauungsrand verläuft. Der Beschluss fiel mit zwei Gegenstimmen, da die Gemeinderäte Ulrich Plukas und Erwin Doll die Durchschneidung des Wasserschutzgebietes nicht gutheißen wollten.

Intensive Diskussion

Der Abstimmung ging eine intensive Diskussion voraus. Bürgermeister Robert Sturm gab zunächst die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Bahn AG bekannt. Demnach wird es der Gemeinde nicht möglich sein, einen so genannten höhengleichen Bahnübergang (mit Schranke und Ampel) zu realisieren.

Die Bahn verlangt dafür 400000 Euro, einen Betrag, für den es keinerlei Zuschüsse gibt. Zusätzlich müsste die Gemeinde ein Drittel des Betrages übernehmen, den die Einrichtung des Bahnübergangs kosten würde. Man entschied sich deshalb, die Bahnlinie mit einer Brücke zu überqueren. Der Brückenbau ist kostengünstiger und - das entscheidende Argument - wird bezuschusst.

Details der Linienführung

Der planende Ingenieur Günther Thielemann erläuterte im Detail die Linienführung der Umgehung und insbesondere die verschiedenen Einmündungsmöglichkeiten. Für den Bereich der Einmündung zwischen Ettringen und Türkheim schlug er wegen der geringeren Durchschneidung landwirtschaftlicher Grundstücke eine Kreisellösung vor, was vom Gemeinderat einstimmig gutgeheißen wurde. Im Bereich des Ortseingangs in Richtung Hiltenfingen wird ebenfalls ein Kreisel angestrebt, und zwar eine große Lösung, die vier Verkehrswege verbindet. Sollte sich dies nicht realisieren lassen, soll eine Einmündung ohne Kreisel erfolgen, die dann allerdings das Grundstück des Gutes Ostettringen durchschneiden würde. Die Beziehung der Wirtschaftswege soll mit dem BBV-Obmann vorberaten und dann im Bebauungsplanverfahren dem Rat vorgelegt werden. Ein weiterer Diskussionspunkt war die von Gemeinderat Andreas Scheitle angesprochene Möglichkeit, das östliche Bebauungsgebiet in irgendeiner Form an die Umgehung anzubinden. Dies sei jedoch nicht Gegenstand des Flächennutzungs- oder Bebauungsplanverfahrens. Wilfried Hartmann schlug eine Notwegeverbindung in Form eines Geh- und Radweges im Norden des Gebietes vor, der im Notfall auch von Pkw befahren werden könnte.

Eine Bürgerversammlung mit vorgezogener Bürgerbeteiligung findet laut Sturm am 30. Juli statt, dann soll die Trasse der Bevölkerung vorgestellt werden. Als Vorbereitung dazu soll eine schriftliche Information an die Bürger gehen.

Der CSU-Ortsverband hatte bereits vor kurzem von sich aus eine Informationsschrift zum Thema Umgehung heraus gegeben. Andreas Scheitle von den Freien Wählern kritisierte dies heftig. CSU Ortsvorsitzender Ulrich Plukas wies die Kritik zurück und erwiderte, es habe sich dabei nicht um eine gemeindliche Information gehandelt.

MZ 24.07.2002

Jetzt wird's ernst

Ettringen bringt Umgehung per Bebauungsplan auf den Weg

Ettringen (emf).

Hauptthema in Ettringen ist zur Zeit die geplante Ortsumgehung, und sie wird es wohl noch eine Zeitlang bleiben. Mit zwei Gegenstimmen (Doll und Plukas) beschloss der Gemeinderat die Aufstellung eines Bebauungsplans, von dem rund 50 Flurstücke betroffen sind. In der kommenden Woche haben dann erst einmal die Bürger das Wort.

Einstimmig fiel der Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Bürger, die bei einer öffentlichen Versammlung am Dienstag, 30. Juli, um 20 Uhr im Gasthaus Rauch über den Vorentwurf informiert werden. Am Tag darauf, 31. Juli, findet die Bürgerversammlung in Siebnach im Gasthaus Kreuz statt und am Freitag, 2. August, in Traunried im Gasthaus Kraus.

Der planende Ingenieur Günther Thielemann erläuterte in der Sitzung des Gemeinderates, die wegen Erkrankung des 1. Bürgermeisters von seinem Stellvertreter Josef Aigster geleitet wurde, Einzelheiten des Vorentwurfs. Wie mehrfach berichtet, soll die 4,2 Kilometer lange Trasse südlich von Ettringen von der jetzigen Staatsstraße 2015 nach Osten abzweigen, das Wasserschutzgebiet durchschneiden, die Bahnlinie mit einer Brücke in sieben Meter Höhe überqueren, über die Wertach führen und am nördlichen Ortsausgang wieder auf die bestehende Staatsstraße treffen, wo ein Kreisel die Verkehrsströme kanalisieren soll.

Thielemann erklärte anhand einer noch recht rudimentären Skizze einige Details, wie etwa die Planung von Wirtschaftswegeverbindungen, Pflanzungen und verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für den oder die Kreisel. Unproblematisch und ohne Pumpen möglich sei, so der Ingenieur, die Oberflächenentwässerung aus dem Wasserschutzgebiet heraus. Die Allee im Norden bleibt erhalten.

Betroffen von dem Projekt sind rund 50 Flurstücke, davon vier in ihrer Gesamtheit, der Rest nur in Teilflächen. Die von der Naturschutzbehörde geforderten Ausgleichsflächen werden zwischen drei und fünf Hektar betragen, je nachdem, wie nah die Trasse am Sportplatz bleibt und wie viel an Auwald in Mitleidenschaft gezogen wird.

Bewusst legt die Gemeinde schon in einem frühen Planungsstadium ihren Bürgern den Entwurf vor, damit

die Ergebnisse aus der öffentlichen Diskussion in die Feinplanung mit einfließen können.

MZ 26.07.2002

Diskurs zu Umgehungs-Trasse

CSU-Mitglieder melden Zweifel an und trauern Y-Lösung nach

Ettringen (emf).

Die Wahl von Delegierten zur Aufstellung der Landtags- und Bezirkstagskandidaten, die Ehrung von Mitgliedern sowie eine lebhaftige Diskussion über die geplante Ortsumgehung standen im Mittelpunkt einer Mitgliederversammlung der CSU Ettringen.

Da zukünftig die Aufstellung der Landtags- und Bezirkstagsdirektkandidaten direkt von Mitgliedern der CSU-Ortsverbände erfolgt, mussten hierfür Delegierte gewählt werden. Bei der Wahl wurden Erwin Doll, Wilfried Hartmann, Peter Schneiderat, Corinna Göring und Franz Duscher bestimmt.

Erfreut zeigte sich CSU-Ortsvorsitzender Ulrich Plukas, dass er mit Ottilie Schaich eine CSU-Frau für 25jährige Mitgliedschaft ehren konnte. Sie war vor einigen Jahren mit ihrem Mann nach Ettringen gezogen und hatte sich zuvor noch in Senden bereits viele Jahre in der Kommunalpolitik engagiert. Als Dank erhielt sie eine Urkunde sowie eine Ehrennadel.

Den größten Teil des Abends nahm eine lebhaftige Diskussion über das im Moment in Ettringen meistdiskutierte Thema ein, nämlich der Bau einer Umgehungsstraße. Zweiter Bürgermeister Josef Aigster erläuterte noch einmal die Position des Gemeinderates, der mittlerweile die Änderung des Flächennutzungsund des Bebauungsplans beschlossen hat.

Damit soll die Voraussetzung für eine Umfahrung Ettringens geschaffen werden, die im Süden circa 800 Meter vom Ort entfernt verläuft, südlich vom Sportplatz über die Wertach geht und in einem Abstand von rund 225 Meter am östlichen Rand der Bebauung entlang geplant ist. Damit wäre eine schnelle Lösung möglich.

Über Trassenverlauf nicht einig

Betont wurde in der Diskussion einmütig, dass Ettringen bei der derzeitigen Verkehrsbelastung eine Umgehung auf jeden Fall braucht. Unterschiedliche Meinungen gibt es jedoch zum Verlauf.

Einig sind sich die CSU-Mitglieder, dass die noch bis vor wenigen Monaten angedachte Y-Lösung, die auch die Nachbarorte mit abdecken würde, die beste Lösung wäre. Da diese aber aufgrund der Einwendungen des Naturschutzes nicht kurzfristig möglich ist, hatte sich der Gemeinderat entschieden, eine eigene Lösung für Ettringen zu suchen.

Gegen die geplante Trassenführung gab es aber weiter Bedenken, in einer angeregten Diskussion wurden nochmal die Argumente abgewägt. Aus den Reihen der Versammlung kam die Ansicht, bei einer so weitreichenden Maßnahme sei es vielleicht besser, sich nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen, sondern doch noch nach einer größeren, gemeinsamen, damit aber auch besseren Lösung zu suchen. Weitere Informationen und eine Diskussion soll nun bei den Bürgerversammlungen erfolgen.

MZ 07.08.2002

Trassen-Gegner formieren sich

"Interessengemeinschaft Umgehung Ettringen"

Ettringen (emf).

Im Zusammenhang mit der geplanten Ettringer Ortsumgehung meldete sich jetzt eine

„Interessengemeinschaft Umgehung Ettringen“ zu Wort.

Sprecher der siebenköpfigen „IG Umgehung“ ist Reinhard Stegen, Bewohner der Ostsiedlung. Gegenüber der MZ sagte Stegen, er habe das Gefühl, „in Ettringen läuft alles aneinander vorbei. Die Leute suchen den Schulterchluss. Wir möchten uns zusammen setzen, um Einfluss auf die Planung zu nehmen.“ In einem dreiseitigen Schreiben an die Gemeinde heißt es: „Wir protestieren aufs Schärfste gegen die geplante Trasse, die die gravierende Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität des südlichen Ortsrandes und der Siedlung Ost 2 zur Folge hätte und zugleich Umwelt und Natur schädigt.“ Der Gemeinde wird unter anderem vorgeworfen, die Bevölkerung zu spät und nicht ausreichend informiert zu haben und die Interessen der Ost 2-Bewohner nicht zu berücksichtigen.

„Kopfloze Selbsthilfeaktion“

Die Verhandlungen mit den Nachbargemeinden seien diplomatisch wenig geschickt geführt worden, sodass nun „die Beteiligten das Heil in einer kopflozen Selbsthilfeaktion“ suchen müssten, was die IG Umgehung als Verschwendung von Steuergeldern sieht.

Unerklärlich sei das „verbohrte Festhalten“ an einer Ostlösung. Die IG schlägt dagegen eine Umgehung im Westen vor, da dies eine größere Entlastung bringe, überregionalen Verkehr fern halte, die Brücke über die Bahnlinie überflüssig mache und die Natur besser schütze. Bürgermeister Robert Sturm wies die Kritik zurück und kündigte ein Antwortschreiben an die IG Umgehung an.

MZ 07.08.2002

Ettringen erwägt einen Lärmschutzwall

Flächennutzungsplan für Ortsumfahrung geändert - Bürgerbedenken diskutiert

Ettringen (emf).

In Anwesenheit zahlreicher Zuhörer tat der Gemeinderat Ettringen den nächsten Schritt zur Realisierung der

Ortsumfahrung und verabschiedete einstimmig die dafür erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans. Die Pläne liegen ab 26. August vier Wochen zur Einsicht aus. Eingehend behandelt wurden die bei der Bürgerversammlung vorgebrachten Bedenken und Anregungen.

Der planende Ingenieur, Günther Thielemann, erläuterte zunächst den aktuellen Stand der Planung. Dabei ging es insbesondere um den südlichen und nördlichen Anschlusspunkt der neuen Straße an die bestehende Staatsstraße.

Behörden lehnen Kreisel ab

Von der Gemeinde gewünscht waren hier Kreisverkehrslösungen, die jedoch laut Auskunft von Thielemann weder vom Wasserwirtschaftsamt noch von der Regierung befürwortet werden. Geplant ist nun statt dessen ein so genannter Rechtsversatz, das heißt, wer auf der untergeordneten Straße auf die Umgehung stößt und sie überqueren will, tut dies nicht direkt, sondern in zwei Schritten: er biegt zunächst rechts und dann gleich wieder links ab.

Dies, so Thielemann, sei eine sehr verkehrssichere Lösung und verursache in etwa die gleichen Kosten wie ein Kreisel. Ganz aufgeben will man im Gemeinderat vor allem im Norden die Kreisel-Lösung aber noch nicht. Es soll deswegen noch mit der Obersten Baubehörde verhandelt werden. Auch Gespräche mit dem Besitzer des Gutes Ostettringen und des im Trassenbereich liegenden Reitstalls sollen baldmöglichst erfolgen. Dabei wird es auch um die Entfernung der Trasse vom Sportgelände gehen. Je näher sie am Sportplatz verläuft, desto weniger Auwald wird zerstört und desto weniger Ausgleichsflächen müssen ausgewiesen werden.

Nicht notwendig wird eine ins Auge gefasste Feldwegüberführung sein. Gemeinderat und BBV-Obmann Josef Schmid versicherte, der landwirtschaftliche Verkehr in diesem Bereich sei eher gering. Auch mit den betroffenen Landwirten, die für die Ortsumgehung Grundstücke hergeben müssen, soll so schnell wie möglich Kontakt aufgenommen werden.

Eingehend befasste sich der Rat nochmals mit den auf der Bürgerversammlung vorgebrachten Sorgen und Anregungen der Ettringer Bürger (die MZ berichtete). Im Mittelpunkt standen dabei die Befürchtungen der Bewohner der Ostsiedlung vor einer unzumutbaren Lärmbelastung.

Obwohl laut Behörde aufgrund der zu erwartenden Dezibelzahl ein Lärmschutzgutachten „nicht zwingend erforderlich“ ist, will die Gemeinde ein solches in Auftrag geben und, wie Bürgermeister Robert Sturm sagte, „maßgeschneiderte“ Vorschläge zur „Lärm-Minimierung“ einholen. Der Rat erwägt, freiwillig und auf Gemeindegeldern einen Lärmschutzwall zu errichten.

„Von Politik im Stich gelassen“

Auf die grundsätzliche Kritik an der Trassenführung gingen Sturm und sein Stellvertreter Josef Aigster nochmals ein. Sie stellten klar, dass der Rat ursprünglich einstimmig die A3-Lösung als ideale Trasse favorisiert und aktiv eine interkommunale Zusammenarbeit angestrebt habe. Erst nachdem man sich sowohl vom Kreistag als auch vom Landrat, den Abgeordneten und den Nachbargemeinden im Stich gelassen gesehen habe, sei ein Alleingang beschlossen worden. Die Trasse weiter nach Osten zu verschieben, sei nicht möglich, hier beiße man wegen des Wiesenbrüteregebietes bei der Naturschutzbehörde auf Granit. Was die Ängste wegen einer hohen Verschuldung der Gemeinde betrifft, sagte Sturm: „Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit steht wegen der Umgehung nicht auf dem Spiel.“

Sturm nahm außerdem Stellung zu dem Schreiben einer neu gegründeten Bürgerinitiative.

MZ 23.08.2002

Umgehung: Letzte Chance

Ettringen forciert Verfahren - Pläne liegen bis 19.9. aus

Ettringen (emf).

Klare Worte sprach Staatssekretär Hermann Regensburger bei seinem jüngsten Besuch in Ettringen. Wenn die Gemeinde ihre Ortsumgehung nicht jetzt verwirkliche, dann werde in den nächsten 30 Jahren nichts mehr daraus.

Auf absehbare Zeit die letzte Chance, den Verkehr aus dem Ortskern heraus zu kriegen, ist für Ettringen der Topf mit den Sonderbaulastmitteln. Um hier mit einer Förderung von 70 Prozent rechnen zu können, muss die Umgehung unbedingt bis Ende des Jahres planungsreif sein.

Bürgermeister Robert Sturm, der zusammen mit seinem Gemeinderat dem Staatssekretär die neue Wertachbrücke vorstellte, dankte der Obersten Baubehörde und dem Straßenbauamt Neu-Ulm für die Erneuerung der Brücke. Auch die Gemeinde hat sich mit der Anlage eines begleitenden Radweges an dem Projekt beteiligt.

Sturm nahm die Gelegenheit wahr, an Regensburger und MdL Franz Pschierer zu appellieren, sich mit Nachdruck für den Erhalt eines möglichst hohen Fördersatzes und eine zügige Bereitstellung der Mittel bei der Umgehung einzusetzen. Er bat auch um Unterstützung beim Ausbau der desolaten Ortsdurchfahrt und um Gleichbehandlung mit der Nachbargemeinde Türkheim.

Sturm betonte, unter den diskutierten Trassen komme nur die Variante A 6 in Frage, da diese sowohl mit Natur- als auch mit dem Wasserschutz in Einklang gebracht werden könne.

In diesem Sinne antwortete er auch der kürzlich gegründeten „Interessengemeinschaft (IG) Umgehung Ettringen“ auf ihre in der Bürgerversammlung und in einem Offenen Brief geäußerten Vorwürfe (wir berichteten). Die IG kritisiert scharf die beschlossene Trasse, die die Ostsiedlung benachteilige, und wirft dem Gemeinderat vor, die Bürger nicht ausreichend informiert zu haben.

Sturm weist diese Vorwürfe in einem Brief zurück und begründet nochmals ausführlich das Vorgehen und die Entscheidungen des Rates. Zugleich weist er darauf hin, dass bis zum 19. September der geänderte Flächennutzungsplan im Rathaus zur Einsicht aufliegt. Anregungen und Bedenken können während dieser Zeit vorgebracht werden.

In einer öffentlichen Gemeinderatssitzung am Montag, 26. August, um 20 Uhr im Mehrzweckraum der Schule wird das Planungsbüro den Planentwurf mit der korrigierten Trassenführung nochmals vorstellen und begründen, der Rat wird dann darüber entscheiden.

MZ 27.08.2002

Umgehungs-Trasse ist "nur eine Notlösung"

Bürgerinitiative: "Rat lässt sich unter Zeitdruck setzen"

Ettringen (emf).

Wie berichtet, hat sich in Ettringen eine Bürgerinitiative gebildet, die sich „Interessengemeinschaft (IG) Umgehung Ettringen“ nennt und sich gegen die vom Gemeinderat geplante Trassierung der Umgehung wendet. Die IG will andere Wege gehen und meldet sich mit einer Stellungnahme zu Wort.

Sprecher der Initiative sind Max Maurus, Reinhard Stegen, Hildegard Blum, Albert Kraus, Alois Martin, Reinhard Galonske, Ralf Palzer und Josef Seitz. Insgesamt 32 Bürger aus allen Ortsteilen seien, so die Sprecher, dabei. Sie wenden sich nicht grundsätzlich gegen eine Ortsumgehung, sondern gegen die vom Gemeinderat beschlossene Trasse. Angesichts der Tatsache, „dass hier eine Entscheidung für mehrere Generationen zementiert wird“, sind die Bürger der Meinung, dass es nicht ratsam sei, „unter extremem Zeitdruck eine Variante zu verwirklichen, die bei genauer Betrachtung nur eine Notlösung darstellt.“ Die IG will sich dafür einsetzen, „dass unter Einbeziehung der Nachbargemeinden in Ruhe nochmals alle heute möglichen Planungen überdacht und abgewogen werden.“

Als falsch wird die Behauptung bezeichnet, dass Ettringen in den nächsten 30 Jahren keine Umgehung mehr bekommen könne, wenn es nicht zur Verwirklichung der beschlossenen Trasse komme: „So lange müsste nur dann gewartet werden, wenn der Staat die Umgehung baut, also ohne finanzielle Beteiligung der Gemeinde Ettringen. Bei einem Bau durch die Gemeinde oder den Landkreis mit Fördermitteln ist aber durchaus auch innerhalb der nächsten Jahre eine Verwirklichung möglich.“ Wenn der vorgesehene Topf für die Sonderbaulast nicht mehr zur Verfügung stünde, gäbe es, so die IG, auch andere Möglichkeiten der Finanzierung, etwa über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Die Sprecher betonen, den Bewohnern der Ostsiedlung gehe es nicht in erster Linie um die eigene Lärmbelastung, sondern sie setzten sich gemeinsam mit Bürgern aus dem ganzen Ort für „eine insgesamt bessere Lösung“ ein. Wie diese Lösung aussehen soll, wird nicht gesagt. Kurzfristig werden Maßnahmen zur Verbesserung der Ortsdurchfahrt vorgeschlagen. Damit könne die Lärmbelästigung „erheblich verringert“ und der Lkw-Verkehr aus Richtung Tussenhausen mit einbezogen werden, der mit der A6-Lösung nicht erfasst werde.

Die IG lehnt die beschlossene Trasse ab, weil:

- sie wegen der Durchschneidung des Wasserschutzgebietes eine Gefahr darstelle;
- weil der Auwald an einer der breitesten Stellen durchschnitten werde;
- weil die Eisenbahnbrücke das Landschaftsbild verunstalte;
- weil die Verschuldung die Gemeinde zu stark belaste;
- und weil die beschlossene Variante die Bevölkerung in zwei Lager spalte.

Die IG ist der Ansicht, dass es sich bei der Planung um einen „Schnellschuss“ handle, der „berechtigter Interessen im Dorf unberücksichtigt“ lasse - so etwa seien „einige Gewerbebetriebe an der Hauptstraße in ihrer Existenz bedroht. Mit etwas ruhigerer Planung könnte den Interessen aller Ettringer Bürger eher Rechnung getragen werden.“

MZ 27.08.2002

Sturm: „Rühren im kalten Brei“

Bürgermeister hält IG-Aussagen für „Wunschdenken“

Ettringen (emf).

Bürgermeister Robert Sturm weist den Vorwurf der IG Umgehung, der Gemeinderat lasse sich in Sachen Umgehung zu einem Schnellschuss verleiten, entschieden zurück.

In einer Pressemitteilung sagt Sturm: „Wenn die IG Umgehung zum jetzigen Zeitpunkt von einer gemeinsamen Suche nach einer Umgehungs-Lösung spricht, so muss die Frage erlaubt sein: Wo war die IG bei den Diskussionen der vergangenen Jahre? Rund 75 Artikel seit 1995 sind dazu in der MZ erschienen. Gegen die Behauptung, die Bevölkerung mit falschen Informationen gewinnen zu wollen, verahre ich mich scharf. Die Gemeinde hat in seltener Transparenz alle ihre Entscheidungsprozesse offen gelegt. Es entspricht der Wahrheit, dass Staatssekretär Regensburger für eine Baulast des Staates das Jahr 2030 genannt hat. Hierfür sind MdL Pschierer, Josef Aigster und die Fraktionsvorsitzenden Zeugen.“

Der Großteil des Gemeinderats ist überzeugt, dass wir die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter uns haben. Wir haben lange vergebens auf den Staat und den Landkreis gehofft, es ist jetzt Zeit, selbst zu handeln. Dass wir jetzt unter hohem Druck stehen, liegt daran, dass wir wirklich alle Möglichkeiten eines interkommunalen übergreifenden Konzeptes bis zum bitteren Ende verfolgt haben.

Nachdem aus naturschutzfachlichen Gründen die Y-Lösung laut Raumanalyse nicht durchführbar ist, hält

die Mehrheit des Rats die A6-Lösung für die einzig machbare. Der Sonderbaulasttopf ist der letzte Strick, nachdem alle anderen gerissen sind. Auf eine große Lösung durch den Kreis in den nächsten Jahren zu hoffen, ist utopisch.

Hier „in Ruhe nochmals alle Verhandlungen aufzunehmen“, bedeutet faktisch: keine Umgehung - ein ständiges Rühren in einem erkalteten Brei, von dem man weiß, dass er nicht aufgetischt werden kann. Ich hoffe nur, dass die IG ihre Ansprechpartner nicht einseitig und unfair mit Aussagen beeinflusst, die Ausdruck von Wunschdenken sind."

MZ 28.08.2002

Grünes Licht für die Ortsumgehung

Ettringer Rat billigt Planentwurf mit zwei Gegenstimmen - Jetzt drängt die Zeit

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder
Ettringen.

Ettringen hat jetzt in Sachen Ortsumgehung einen wesentlichen Schritt getan. In Anwesenheit von fast 50 Zuhörerinnen und Zuhörern gab der Gemeinderat ganz offiziell grünes Licht für den zuvor noch geringfügig geänderten Planentwurf, der ab Mitte nächster Woche öffentlich ausliegen wird.

Wie schon vor einigen Wochen, stimmten auch diesmal die Räte Erwin Doll und Ulrich Plukas (beide CSU) gegen den Entwurf. (Siehe auch „Nachgefragt“). Einstimmig fielen allerdings die Beschlüsse zur Auslegung des Entwurfs und zur Beteiligung der rund 30 Träger öffentlicher Belange.

Diese und die Bürger müssen nun, wie in einem solchen Verfahren üblich, ihre Bedenken und Anregungen äußern. Die Bedenken können gegen Mitte Oktober im Rat erörtert und eingearbeitet werden, dann muss der Plan unter Umständen nochmals einen Monat lang ausliegen. Die Zeit wird damit äußerst knapp, da die Oberste Baubehörde, um Ettringen in die Förderung aufzunehmen, bis Jahresende Planreife verlangt.

„Wir haben jetzt keinen Tag Luft mehr,“ stellte Ingenieur Günther Thielemann fest, der mit seinem Team die vergangenen Nächte durchgearbeitet hatte. Bevor die Entscheidung fiel, hatte Thielemann dem Gremium und der Öffentlichkeit nochmals detailliert und ausführlich den Bebauungsplan erläutert.

Details auf der Homepage

Wie mehrfach berichtet, soll die Variante A6 zur Ausführung kommen, die sich, wie Bürgermeister Robert Sturm betonte, in zahlreichen Diskussionen als „die einzig machbare“ heraus kristallisiert habe. Er wies darauf hin, dass alle Einzelheiten fortlaufend auf der Ettringer Homepage nachzulesen seien und dankte ausdrücklich Webmaster Julian Wolf für sein Engagement. Thielemann ging unter anderem nochmals auf die strittige Querung des Auwalds ein und meinte, hier sei versucht worden, zwischen nördlichem und südlichem Verlauf einen Kompromiss zu finden.

Im Süden wird die Kreisstraße mit einer T-Kreuzung in die Umgehung münden, im Norden ist in Höhe der Einfahrt der Papierfabrik ein Kreisel geplant. Die Bahnbrücke, so der Ingenieur, werde langsam bis auf sieben Meter über Gelände ansteigen und durch „flache Geländeangleichung und Eingrünung optisch nicht sehr in Erscheinung treten“. Besonderen Wert sei auf die Erhaltung des Feldwegenetzes gelegt worden. An Ausgleichsflächen werden rund 5,9 Hektar benötigt, im Plan sind sogar 6,5 Hektar enthalten.

Ebenfalls enthalten ist ein Lärmschutzwall, der, so vorläufige Schätzungen, bei einer Höhe von 2,5 Metern eine Lärmreduzierung um drei bis vier Dezibel brächte. Die Böschung soll durch eine dichte Bepflanzung die Abschirmung noch verbessern. Die Straße nähert sich der östlichen Bebauung bis auf 225 Meter. In der kurzen anschließenden Aussprache ging es um die uferbegleitenden Wege, die abgesenkt und mit vier Meter Durchfahrts Höhe unter der zu errichtenden Wertachbrücke durch geführt werden sollen.

Ob hier nicht eine Gefahr von Ausspülungen bestehe, wurde gefragt? Und ob sich nicht durch die auf lange Sicht geplanten Fluss-Renaturierungsmaßnahmen der Wasserpegel verändern könnte? Thielemann versuchte diese Bedenken auszuräumen. Die Brücke sei von vornherein recht hoch geplant. Zu der Renaturierung, einem europäischen Projekt, gebe es noch keine konkreten Planungen.

MZ 11.09.2002

Umgehung reißt Gräben

2. Bürgerinitiative gegründet

Ettringen (emf).

Die Ortsumgehung, die bis vor kurzem ein dringendes Anliegen der gesamten Gemeinde schien, spaltet mittlerweile Ettringens Bevölkerung und scheint immer tiefere Gräben zu reißen. Nun hat sich nach der ersten eine zweite, konträre Bürgerinitiative gebildet. Alles läuft auf einen Bürgerentscheid hinaus.

In Ettringen tobt der Meinungskampf. Die „IG Umgehung“, die sich gegen die vom Gemeinderat beschlossene Trasse A6 stellt und den Straßenbau per Sonderbaulast als nicht zu verantwortenden Schnellschuss bezeichnet, hat Unterschriften gesammelt und will per Bürgerbegehren einen Bürgerentscheid erreichen. Bereits morgen soll die Liste Bürgermeister Sturm vorgelegt werden.

Inzwischen hat sich aus der früheren „IG Hauptstraße“ heraus eine weitere Initiative mit rund 60 Mitgliedern formiert, die sich offensiv für eine sofortige Umgehung einsetzt, so, wie der Gemeinderat sie beschlossen hat. Auch hier werden Unterschriften gesammelt und Infoblätter verteilt, ein eigener Antrag auf Bürgerentscheid ist in Vorbereitung. In der Hauptstraße wurden Schilder mit Slogans wie „Nur Egoisten wollen keine Umgehung“ aufgestellt.

„Völlig unverständliche Aktion“

Als Sprecher dieser Initiative engagieren sich Michael Wolf, Oswald Brenner und Daniel Müller. Sie bedauern es, dass die Ortsumgehung den Ort spalte, und finden: „Bis zu der völlig unverständlichen Aktion gab es unter den Bürgern keine derartig hässlichen Auseinandersetzungen. Die „IG Umgehung“ informiert die Bürger einseitig bis falsch und disqualifiziert sich damit selbst. Ihr eigentliches Ziel ist es, die Planung zu verzögern und damit eine Ortsumgehung, wahrscheinlich für immer, zum Scheitern zu bringen.“ Wolf verweist auf die sattsam bekannten Argumente des Gemeinderats, die für einen sofortigen Bau der Trasse A6 sprechen. Besonders wichtig ist ihm, seinen Mitbürgern die Angst wegen der geplanten Durchschneidung des Wasserschutzgebietes zu nehmen.

Dazu sagt er: „Die derzeit mit Tanklastwagen sehr stark befahrene ungesicherte Straße nach Türkheim führt direkt am Wasserschutzgebiet vorbei, trägt also ein sehr viel höheres Risiko als eine nach modernsten Sicherheitsrichtlinien gebaute neue Straße, die vom Wasserwirtschaftsamt genehmigt ist. Außerdem ist Ettringen an die Staudenwasserversorgung angeschlossen, das heißt, im Unglücksfall bestünde eine gesicherte Vollversorgung.“

Wolf weist nochmals eindringlich darauf hin, dass die Planung bis 31. Dezember baureif sein müsse, da sonst laut Staatssekretär Regensburger für die nächsten 30 Jahre keine Staatszuschüsse mehr fließen. Damit, dass die Gegenseite diese Aussage bestreite, mache sie sich im Übrigen selbst unglaubwürdig.

MZ 14.09.2002

Ettringer beantragen Bürgerentscheid

429 Bürger sind mit der A6-Trasse für Ortsumgehung nicht einverstanden - Bürgermeister Sturm mahnt zu Besonnenheit

Ettringen (emf).

429 Unterschriften hat die „Interessengemeinschaft (IG) Umgehung Ettringen“ gesammelt und diese jetzt mit einem Antrag auf Bürgerentscheid an Bürgermeister Sturm übergeben.

„Sind Sie dafür,“ so lautet die Entscheidungsfrage, „dass auf der Trasse A6 keine Umgehungsstraße gebaut wird und dass zu diesem Ziel die entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates Ettringen zur Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes aufgehoben werden und das Planverfahren eingestellt wird?“

Um einen Bürgerentscheid nach Artikel 18a der Bayerischen Gemeindeordnung zu erreichen, genügt es, dass zehn Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben, in Ettringen also rund 250. Die IG begründet ihren Antrag folgendermaßen:

Umweltverträglichkeit bezweifelt

„Die Umweltverträglichkeit der Umgehungsstraße wird bezweifelt, weil die geplante Trasse A6 die Wertachauen an einer der breitesten Stellen durchschneidet mit irreparablen Folgeschäden für die Natur, aber auch für ein Hochwasser-Aufnahmegebiet.

Gefährdung des Wasserschutzgebietes im Süden Ettringens.

Das überdimensionale Brückenbauwerk über die Bahnlinie verunstaltet das Landschafts- und Ortsbild.

Das Naherholungsgebiet entlang der Wertach wird zerstört.

Die Interessen der Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden an der Ettringer Hauptstraße werden in keiner Weise berücksichtigt.

Steuergelder werden verschwendet. Die Verschuldung der Gemeinde steigt in nicht vertretbarer Höhe.“

Zulässigkeit wird geprüft

Die Gemeinde wird nun die Unterschriften prüfen, was rund eine Woche in Anspruch nehmen wird. Der Ettringer Gemeinderat wird dann über die Zulässigkeit des Entscheids befinden und einen Termin dafür festsetzen. Sollte ein weiteres Bürgerbegehren eingehen, was die Gegenseite, die „IG Hauptstraße“, bereits angekündigt hat, dann wird es eine dritte, vom Gemeinderat formulierte Stichfrage geben.

Alle drei Fragen werden in einem ordentlichen Wahlverfahren zusammen gefasst und auf einem gemeinsamen Wahlzettel den Bürgern zur Entscheidung überlassen.

Davon unberührt, so Bürgermeister Sturm, bleibt die Auslegung der geänderten Bebauungspläne bis zum 9. Oktober. Allerdings dürfen bis zur Wahl im Gemeinderat keine weiteren, dem Bürgerbegehren zuwiderlaufenden Entscheidung fallen. Er empfahl der IG dringend, Einwendungen gegen die Pläne auch im Rahmen der Auslegung zu erheben.

IG-Sprecher Max Maurus betonte, falls noch „eine vernünftige Lösung für den ganzen Ort“ gefunden werden könne, sei die IG bereit, vom Bürgerentscheid zurück zu treten. „Vernünftig“ nannte er eine Lösung „ohne Bahnbrücke, ohne Durchschneidung des Wasserschutzgebiets und mit Wertachüberquerung an anderer Stelle.“ Die IG arbeite an einem anderen Trassenvorschlag, der ebenfalls im Osten verlaufe. IGMitglied Hildegard Blum berichtete von Verleumdungen und beleidigenden anonymen Briefen, die ihr wegen ihres Engagements zugegangen seien. Auch die Gegenseite in Person von Michael Wolf hatte die MZ davon informiert, ihnen seien Drohbriefe zugegangen.

„Respekt nicht verlieren“

Bürgermeister Sturm mahnte seine Bürger zu mehr Sachlichkeit und Besonnenheit. Es sei legitimes Recht eines Jeden, einen Bürgerentscheid zu beantragen, jedoch dürfe bei allem Engagement der gute Geschmack und der Respekt vor dem jeweils anders Denkenden nicht aus dem Auge verloren werden.

„Unsere Bürger,“ so Sturm sichtlich besorgt, „sollten sich darüber klar sein, dass sie auch nach der Entscheidung, egal, wie sie ausgeht, weiter miteinander leben werden.“

„Beleidigungen und Drohungen“, sagte er, „reißen Wunden, die nur schwer vernarben. Ein menschlicher Graben im Dorf würde die Entwicklung der Gemeinde auf Jahre hinaus lähmen, das Zusammenleben schwer belasten und gedeihliches politische Arbeiten blockieren.“

MZ 20.09.2002

Die Fronten verhärten sich

Noch ein Antrag auf Bürgerentscheid, diesmal für Trasse A6

Ettringen (emf).

Nur wenige Tage, nachdem die „IG Umgehung Ettringen“ einen Antrag auf Bürgerentscheid bei der Gemeindeverwaltung eingereicht hat, hat die gegnerische Bürgerinitiative, die sich für die Trasse A6 stark macht, jetzt einen Gegen-Entscheid beantragt.

Michael Wolf, Oswald Brenner und Daniel Müller übergaben eine Liste mit 823 Unterschriften an Bürgermeister Robert Sturm.

Die Frage, die die Bürger beantworten sollen, lautet: „Sind Sie dafür, dass auf der Trasse A6, die sich als Konsens-Trasse der langjährigen Verhandlungen ergeben hat, eine Umgehungsstraße gebaut wird und das hier notwendige Verfahren zeitnah und zielgerichtet weiter verfolgt wird?“ Unter anderem gibt die Initiative folgende Begründungen für ihre Haltung:

„Türkheim hat laut offiziellem Schreiben definitiv für eine gemeinsame Lösung abgesagt.

Die A6 ist eine Trasse, zu der das Naturschutzamt und die Wasserschutzbehörde ihre Zustimmung gegeben haben.

Die Zusage von Minister Beckstein anlässlich seines Besuches bei der Firma Lang, sich für den Erhalt der Fördergelder persönlich beim Freistaat einzusetzen.

Verwirklichung der einzig durchführbaren Lösung.

Viele Jahre Arbeit und die hohen Planungskosten wären umsonst gewesen.

Eine Verschiebung der Umgehungslösung würde bedeuten, dass weit mehr Gelder benötigt werden und sie somit für eine Kommune nicht zu finanzieren ist.“

Laut Bürgermeister Sturm wird das Thema Bürgerentscheid am kommenden Montag bei der Gemeinderatssitzung behandelt.

Wolf, Müller und Brenner appellierten an ihre Mitbürger, sich fair zu verhalten und „den Streit nicht eskalieren zu lassen.“ Sollte die gegnerische Partei ihren Antrag auf Bürgerentscheid zurück ziehen, dann würden sie dasselbe mit ihrem Antrag tun.

MZ 25.09.2002

Kommt auf den Teppich!

Wer zurzeit durch das mit Schildern und polemischen Parolen gepflasterte Ettringen fährt, hat das unguete Gefühl, dass hier eine Art Krieg herrscht. Geradezu vergiftet scheint derzeit die Stimmung in dem Dorf und unter den Menschen, die man bisher als friedlich, freundlich und gutwillig kannte.

Was den Leuten so unter die Haut geht, dass es die Bürgerschaft zu spalten droht, ist die Frage der Trasse für eine Ortsumgehung. Wer die Sache aus der Distanz betrachtet, schüttelt darüber fassungslos den Kopf, denn eigentlich wollen alle dasselbe, nämlich eine Verkehrsentlastung des Ortskerns. Über das Wie und Wann müsste sich doch in Ruhe sprechen lassen, denkt der Außenstehende.

Inzwischen ist jedoch die Stimmung im Dorf so aufgeheizt, dass an die Stelle von Sachlichkeit und Vernunft in vielen Fällen blinde Feindseligkeit getreten scheint. Verleumdungen und Beleidigungen machen offen oder anonym die Runde, Nachbarn kündigen sich die Freundschaft, Geschäfte werden boykottiert, Mietobjekte gekündigt. Kurse finden nicht mehr statt, weil man sich gegenseitig schneidet, und sogar die Kinder, die ja nun eigentlich mit einer Ortsumgehung wirklich nichts am Hut haben, geraten im Schulbus deswegen in Streit.

Diese Art der Auseinandersetzung dient keinem, zu allerletzt der Sache, sondern schadet nur, zu allererst dem gedeihlichen Miteinander. Wie sagte doch der Bundeskanzler erst vorgestern? „Sachliche Meinungsverschiedenheiten dürfen nie zu persönlichen Verstimmungen führen.“ Leute, schreibt euch das hinter die Ohren. Kommt wieder auf den Teppich und denkt daran, es gibt auch noch eine Zeit nach der Umgehung. Eva Frieder

MZ 25.09.2002

Bürgerentscheid am 27. Oktober

Trasse für die Ortsumgehung spaltet Ettringen - Bürgermeister rügt schlechten Stil

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder
Ettringen.

Einstimmig hat der Gemeinderat Ettringen die Zulässigkeit beider eingereichter Bürgerbegehren zum Thema Umgehung festgestellt und als Termin für den Bürgerentscheid den Sonntag, 27. Oktober, bestimmt.

Bürgermeister Robert Sturm rügte scharf den schlechten Stil der Auseinandersetzung in der Gemeinde.

Am Tag des Bürgerentscheids, der wie eine ordentliche Wahl ablaufen wird, erhält jeder Wähler einen Stimmzettel mit drei Fragen, auf die jeweils mit Ja oder Nein zu antworten ist. Die Frage zum Bürgerentscheid 1 (IG Umgehung) lautet: „Sind Sie dafür, dass auf der Trasse A6 keine Umgehungsstraße gebaut wird und dass zu diesem Ziel die entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates Ettringen zur

Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes aufgehoben werden und das Planverfahren eingestellt wird?“

Drei Fragen, drei Kreuze

Die Frage zum Bürgerentscheid 2 (Befürworter der Umgehungsstraße A6) lautet: „Sind Sie dafür, dass auf der Trasse A6, die sich als Konsens-Trasse der langjährigen Verhandlungen ergeben hat, eine Umgehungsstraße gebaut wird und das hier notwendige Verfahren zeitnah und zielgerichtet verfolgt wird?“ Die dritte Frage ist eine vom Gemeinderat formulierte Stichfrage. Sie lautet: „Wenn für beide zur Abstimmung stehenden Fragen jeweils eine Mehrheit mit „Ja“ stimmt, welche Entscheidung soll dann gelten?“

Diese Frage ist bei zwei gegenläufigen Bürgerentscheiden notwendig, weil der Fall eintreten kann, dass beide Bürgerentscheide jeweils mehrheitlich mit Ja beantwortet werden. Diese dann nicht zu vereinbarenden Entscheidungen können von der Gemeinde nicht vollzogen werden. Die Bürger sollen vor dem 27. Oktober noch eingehend über den Wahlmodus aufgeklärt werden.

Beleidigungen und Drohungen

Vor dem Einstieg ins Thema hielt Sturm den Ettringer Bürgern, von denen ungewöhnlich viele zur Sitzung erschienen waren, eine ernste Gardinenpredigt. Er selbst und einige Ratsmitglieder hätten anonyme Drohbriefe erhalten. Angegriffen wurden insbesondere Ulrich Plukas und Erwin Doll wegen ihres abweichenden Abstimmungsverhaltens.

Sturm stellte klar, dass beide „inhaltlich von der mehrheitlichen Trassenwahl des Gemeinderats abweichen, aber zu keiner Zeit im Rat die Umgehung als solche in Frage gestellt haben.“

Er stelle sich zwar nicht „hinter ihre Meinung, aber als Personen und Ratsmitglieder schützend vor sie.“ Bürgermeister Robert Sturm empfahl Doll und Plukas, strafrechtlich gegen Beleidigungen und Drohungen vorzugehen, er selbst werde dies gegebenenfalls auch tun. „Ich bin es mir und meinem Amt schuldig, Schaden von der Gemeinde und ihren Vertretern abzuwenden,“ sagte der Bürgermeister.

Weiter gab Sturm seinen Räten einen offenen Brief von Landrat Dr. Hermann Haisch an ihn zur Kenntnis, in dem Haisch nochmals unmissverständlich feststellt, dass die Y-Trasse und damit die Hoffnung auf eine gemeinsame Umgehungslösung gestorben sei. „Somit,“ so der Landrat, „bleibt der Gemeinde Ettringen nur die Möglichkeit, kurzfristig eine Ortsumfahrung im Zuge der Staatsstraße 2015 in gemeindlicher Sonderbaulast zu bauen.“ Haisch empfiehlt der Gemeinde „dringend, diesen begonnenen Schritt im Interesse einer baldigen Realisierung der Umgehung intensiv weiter zu verfolgen.“

Am Rande der Sitzung machte der mit der Planung beauftragte Ingenieur Günther Thielemann auf zwei grundsätzliche Missverständnisse aufmerksam, die, wie er fand, dringend der Aufklärung bedürften.

Planer: „Brücke nicht vermeidbar“

Man müsse sich, so der Planer, darüber im Klaren sein, dass eine Ortsumgehung unweigerlich scheitern müsse, wenn sie nicht als Staatsstraße, sondern als kommunale Entlastungsstraße gebaut und über das Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz finanziert werde. Dies sei nämlich baurechtlich nicht gesichert und daher angreifbar.

Auch sei es ein Irrtum zu meinen, wenn die Gemeinde als Bauherr auftrete, könne sie sich über geltende technische Richtlinien hinweg setzen - sprich, eine Brücke über die Bahnlinie sei so oder so kaum vermeidbar.

MZ 09.10.2002

Ettringen weist Vorwürfe aus Türkheim empört zurück

Umgehung sorgt für Verstimmung zwischen den Nachbarn

Ettringen (emf).

Als Angriff auf seine Person und seine Ehre empfindet Ettringens Bürgermeister Robert Sturm die Vorwürfe aus Türkheim, die dort in der letzten Marktratssitzung Bürgermeister Silverius Bihler und 3.

Bürgermeisterin Irmgard Schäffler erhoben hatten.

Wie berichtet, habe Sturm behauptet, Türkheim habe eine gemeinsame Umgehungslösung beider Gemeinden verhindert. Ettringen wolle nun Türkheim den Schwarzen Peter zuschieben.

Befremdet von diesen Behauptungen zeigten sich nicht nur Sturm und Gemeinderätin Ilse Tschiedert (SPD), sondern auch die übrigen Ratsmitglieder schüttelten die Köpfe. Andreas Scheitle meinte: „Das ist doch Schnee von gestern.“ Sturm betonte, er habe Derartiges nie behauptet, Türkheim höre hier auf haltlose Gerüchte und Tratschereien. Diese ständig dementieren zu wollen, sei eigentlich vergebliche Mühe. Nach dem MZ-Artikel vom 5. Oktober sehe er sich aber nun doch zu einer Stellungnahme gezwungen.

„Nicht die Türkheimer Ratsmitglieder sind die „Totengräber“ der Y-Lösung und einer gemeinsamen Ettringer-Türkheimer Lösung,“ stellte Sturm fest, „sondern der staatliche Naturschutz in Mindelheim und bei der Regierung von Schwaben.“

Wie berichtet, soll am 27. Oktober in Ettringen ein Bürgerbegehren zur Ortsumgehung stattfinden. Nach Eingang des ersten Bürgerbegehrens am 12. September habe sich Sturm, so versicherte er, weder öffentlich noch privat zur Thematik geäußert. Was die Vertreter der Bürgerinitiativen veröffentlichten, stamme nicht von ihm.

Sturm warnte den Markt Türkheim davor, sich „vor den Karren des einen oder anderen Bürgerbegehrens spannen zu lassen“ und bat um ein neutrales Verhalten. Er werde die Differenzen gerne auch persönlich im Marktrat zu bereinigen suchen, denn ihm liege viel an der guten Nachbarschaft.

Verärgert zeigte sich Sturm über die Angriffe von Seiten Irmgard Schäfflers, die „ungeprüft unhaltbare Dinge“ über ihn behauptete. Sturm und Tschiedert erinnerten Schäffler an ihre „kategorisch ablehnende Haltung zu einer wie auch immer gearteten Kostenbeteiligung Türkheims an einer gemeinsamen Lösung.“

MZ 16.10.2002

Ettringen: Der schwierige Umgang mit der Umgehung

Bei der Leseraktion "Sag's der MZ" meldeten sich Verfechter und Gegner der A 6-Trasse ausführlich und ungeschminkt zu Wort

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder

Ettringen.

Ruhige und sachliche, aber auch emotional aufgeheizte Beiträge zum Thema Ortsumgehung brachten die Bürgerinnen und Bürger an, die in großer Zahl zum Stand der MZ im Foyer der alten Ettringer Turnhalle kamen. Sie nutzten die Gelegenheit, der Heimatzeitung zum derzeit heißesten Thema am Ort direkt ihre Meinung zu sagen.

Die Aktion „Sag's der MZ“ brachte Verfechter und Gegner der A 6-Trasse zwar örtlich, aber nicht inhaltlich zusammen. Beide Seiten vertraten, zum Teil vehement, ihre Ansichten. Von einer Annäherung war wenig zu spüren, die Fronten scheinen verhärtet.

Mit Spannung erwartet

Der Ausgang des Bürgerbegehrens, das am 27. Oktober stattfinden soll, wird mit Spannung erwartet. Im Folgenden sind die Kernaussagen der Ettringer in der Reihenfolge zusammen gefasst, in der sie sich zu Wort gemeldet haben. Wegen der Menge der Beiträge und wegen häufiger Wiederholungen können leider nicht alle zitiert werden.

Carola Strebel, Monika Feigl: „Wir sind nicht gegen die Umgehung, nur gegen die A 6-Trasse. Die an der Hauptstraße hocken im gemachten Nest, die meisten haben ihre Häuser geerbt, wir in der Ostsiedlung haben rackern und viel Geld ausgeben müssen, damit wir's schön haben. - Wir finden es nicht gut, dass jede Gemeinde ihr eigenes Süppchen kocht - da hätte der Staat ein Machtwort sprechen sollen, damit eine gemeinsame Lösung mit Türkheim gebaut werden könnte.“

Andreas Scheitle, Gemeinderat: „Es ist höchste Zeit, die Sache anzupacken. Wir im Rat haben uns viele Jahre um eine Lösung bemüht. Die A 6 gefällt uns auch nicht besonders, aber es ist die einzig machbare Trasse. Sicher gibt es bessere Lösungen, aber die sind nicht umsetzbar. Sie sind am Naturschutz- und Wasserrecht gescheitert.“

„Es ist doch schon alles gesagt“

Helga Eberhart: „Es ist doch alles schon gesagt, was soll also diese Veranstaltung der MZ? Wir in der Hauptstraße haben 20 Jahre lang unter dem Verkehr gelitten, jetzt wäre eine Entlastung zum Greifen nah, und da fällt es ein paar Leuten ein, uns das wieder wegnehmen zu wollen. Dann wird Ettringen zum Geisterdorf, weil nämlich an der Hauptstraße immer mehr Häuser leer stehen werden.“

Adelheid Wolf: „Wir leben an der Hauptstraße in ständiger Lebensgefahr. Alles dazu steht auf unserer Homepage unter www.umgehung-a6.de.“

„Ortsdurchfahrt ist unzumutbar“

Hans-Peter Müller: „Wenn sich die Umgehung verzögert, verzögert sich auch die Sanierung der Ortsdurchfahrt. Und die ist die schlimmste weit und breit, dafür muss man sich schämen. Der Lärm, den die leeren Container beim Durchfahren machen, ist unzumutbar.“

Ilse Tschiedert, Gemeinderätin: „Der Gemeinderat hat zwölf Jahre auf die Umgehung hin gearbeitet. Sie ist alles andere als ein Schnellschuss. Bei der Wahl im März war sie das Wahlversprechen sämtlicher Parteien, und das wollen wir auch halten.“

Albert Kraus: „Die A 6 ist zu pompös und zu teuer. Alle anderen sparen, und bei uns spielt man auf. Eine Umgehung brauchen wir doch in erster Linie wegen dem Schwerlastverkehr der Firma Lang. Die haben doch grad erst eine Bahnbrücke gebaut, sollen die Lkw zur Papierfabrik doch da drüber fahren. Ich bin froh, dass wir die Freiheit haben, beim Bürgerbehren abzustimmen. Davon sollen auch alle Gebrauch machen.“

Josef Aigster, 2. Bürgermeister: „Jeder, der eine andere Lösung als die A 6 will, ist gegen eine Umgehung. Ich war fast bei allen Besprechungen mit den Behörden dabei - es wurde alles versucht, aber es blieb nur die A 6 als einzige von den Behörden akzeptierte Lösung. Die A 3 (Nordumfahrung von Türkheim und Weiterführung der Westtangente) wäre für den Rat der Favorit gewesen, stieß jedoch auf strikte Ablehnung der Naturschutzbehörde.“

Fast alle gegnerischen Argumente sind widerlegbar, sind Eigennutz oder Profiliersucht einiger Bürger und gefährden die Arbeitsplätze vieler. Laufen wir nicht Gefahr, den größten Steuerzahler der Gemeinde zu verärgern und Neuansiedlungen von Gewerbe zu verhindern? Diese Diskussionen schaden dem Standort Ettringen. Wenn irgendwann Arbeitsplätze abgebaut werden, dann will keiner schuld gewesen sein.“

Ulrich Plukas, Gemeinderat: „Es ist bedauerlich, dass nur schwarz-weiß gemalt und behauptet wird, wer nicht für die A 6 ist, sei ein Umgehungsgegner. Die A 6-Verfechter arbeiten mit unfairen Mitteln und ständigen Provokationen. Ich habe bis kurz vor Schluss alle Entscheidungen im Rat mitgetragen, aber die A 6 halte ich für so schlecht, dass ich nicht mehr zustimmen konnte. Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen, aber einen Schritt zu früh aufgehört.“

Die A 4 wäre planerisch viel leichter durchführbar als die A 6 und, so meine ich, auch bei der Naturschutzbehörde durchsetzbar - wir haben nur bisher nicht offensiv genug darum gekämpft. Türkheim

müsste mit im Boot sein, aber auch das ließe sich sicher erreichen, die haben nur im Moment kein Geld. Das ist eine Jahrhundertentscheidung, da lohnt es sich, nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, und die gibt es, das weiß ich sicher.“

Sieglinde Kuhn: „Als es hieß, grünes Licht für die Umgehung, da war ich der glücklichste Mensch. Ich wohne seit 40 Jahren an der Hauptstraße und leide schon so lang unter dem Verkehr. Wir Älteren können nicht mehr auf eine unsichere Zukunft warten, für uns ist es fünf vor zwölf, wir brauchen die Umgehung jetzt.“

Reinhard Stegen: „Die A 6 kam kurzfristig und klammheimlich, sie ist die schlechtestmögliche Lösung. Denen von der Hauptstraße ist es wurscht, dass die Trasse 200 Meter an unseren Häusern in der Ostsiedlung vorbei führt. Es geht nicht, dass die einen entlastet, die anderen dafür belastet werden. Statt gegeneinander zu kämpfen, sollten wir uns alle gemeinsam stark machen für eine Alternativlösung. Als Einheit wären wir stark gegen die Behörden.“

Josef Schmid, Gemeinderat: „Die meisten A 6-Gegner sind Zugezogene. Die stellen sich jetzt als Märtyrer hin. Ich hab das Gefühl, die wollen in Wahrheit nur Zeit gewinnen und die Umgehung verhindern, aber das sagen sie nicht offen, sondern schieben Scheinargumente vor, die sich untereinander auch noch widersprechen.“

Ralf Palzer: „Die Diskussion wird zu emotional geführt, das dient der Sache nicht. Die MZ berichtet parteiisch, sie stellt unsere Argumente gegen die A 6 nicht sachlich dar und sagt, wir hätten keine Alternative anzubieten. Aber für eine bessere Lösung sind nicht wir, sondern die gewählten Vertreter zuständig.“

Richard Nicka, Gemeinderat: „Es ist einfach fahrlässig zu hoffen, dass die staatlichen Fördermittel auch später noch fließen werden. Wir vom Gemeinderat müssen das Wohl der Gemeinde im Auge haben, nicht den Proporz der öffentlichen Meinung. Die A 6-Gegner täuschen sich gründlich, wenn sie glauben, die Behörden ließen sich von ihren Argumenten überzeugen. Die lassen keinesfalls mit sich reden.“

Max Maurus: „Wir arbeiten in jeder freien Minute an einer realisierbaren Alternativlösung zur Trasse A 6 und werden diese auch schon in wenigen Tagen vorlegen. Die Türkheimer machen mit, man muss ihnen nur eine finanziell akzeptable Lösung anbieten.“

Beate Schmid: „Das Bürgerbegehren ist eine gute und faire Lösung. Da kann jeder in Ruhe seine Meinung abgeben, ohne dafür gleich angegriffen zu werden.“

MZ 23.10.2002

Gemeinsam mit Türkheim

Bürger schlagen zwei alternative Umgehungstrassen zur A 6 vor

Ettringen (emf).

Wenige Tage vor dem Bürgerentscheid haben nun die Vertreter der IG Umgehung Ettringen, die die vom Gemeinderat beschlossene Trasse A 6 verhindern wollen, zwei Alternativen vorgelegt: eine „A 4“ und eine „A 8“.

Beide schließen unmittelbar nördlich von Türkheim, noch vor der Webermühle, an die Türkheimer Westumgehung an, verlaufen dann direkt nach Osten und schwenken in einem großen Bogen in eine Gerade nach Norden ein, wo sie auf Höhe des Gutes Ostettringen auf die bestehende Staatsstraße stoßen.

Auf dem „Senderweg“

Die so genannte A 8 verläuft noch etwas östlicher auf dem so genannten „Senderweg“ und berührt den Wertachraum am wenigsten.

Die favorisierte Trassenvariante A 4 liegt - dies ist das Hauptargument - im bereits genehmigten Flächennutzungsplan. Mit ihr, so die Verfechter, „ist man planerisch schon weiter als bei der A 6, die Untere Naturschutzbehörde braucht gar nicht mehr gefragt werden.“

Schon einmal im Gespräch

Die Trasse war schon einmal im Gespräch, wurde aber nicht weiter verfolgt, da sie nur gemeinsam mit Türkheim zu realisieren ist. Nun versichert die IG, Türkheim sei durchaus zu einer Zusammenarbeit bereit, könne nur aufgrund der Haushaltslage finanziell wenig beitragen. Die A 4 könne dennoch finanziert werden, und zwar aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes oder nach dem Sonderbaulastprogramm. Bei einer gemeinsamen Lösung habe auch der Landkreis Mittel zugesagt. „Mit der A 4“, so die Verfechter, „besteht weiterhin die Möglichkeit, in späteren Jahren die eigentlich von allen gewünschte Y-Lösung zu verwirklichen. Sie kann genau auf die Belange aller Ettringer ausgerichtet werden: Der Lkw-Verkehr muss die A 4 befahren, dies wird mit gezielten Maßnahmen der Verkehrsführung erreicht. Pkw würden zum Teil weiterhin durch Ettringen fahren.“

MZ 23.10.2002

Ettringer müssen sich entscheiden

Am Sonntag geben die Bürger ihre

Stimme für oder gegen die

Ortsumgehungs-Trasse A 6 ab

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder

Ettringen.

Am Sonntag, 27. Oktober, fällt in Ettringen die Entscheidung über die Ortsumgehungs-Trasse A 6. In einer öffentlichen Gemeinderatssitzung informierte Bürgermeister Robert Sturm über kleinere planerische Änderungen, um, wie er sagte, „Gerüchten vorzubeugen.“ Beschlüsse wurden nicht gefasst. Wie die MZ bereits ausführlich berichtete, hat Planer Günther Thielemann Bedenken und Anregungen von Bürgern und Naturschutzbehörde inzwischen in die Trasse mit eingearbeitet, um Zeit zu sparen, falls die A 6 zum Tragen kommen sollte. Bürgermeister Robert Sturm stellte klar: „Es handelt sich hier nach wie vor um die Trasse A 6, die nicht beliebig verschiebbar ist. Im östlichen Teil der Trasse finden keinerlei Veränderungen statt.“

Thielemann erläuterte dem Ettringer Gemeinderat und den rund 40 Zuhörern, die Regierung von Schwaben habe moniert, dass die Trasse zu große Teile des Wertach-Auwalds durchschneide. Sie dürfe maximal 90 Meter südlich am Sportplatz vorbeiführen. Nach der neuen Planung, die vom Gemeinderat noch nicht befürwortet ist, beträgt die Entfernung statt, wie vorher 135 Meter, jetzt nur noch rund 61 Meter. Dahinter stößt die Straße wieder auf die bekannte A 6-Trasse.

Keine Wahlempfehlung

Was den Bürgerentscheid angeht, so betonte Sturm, die Gemeinde werde keine Wahlempfehlungen herausgeben, sondern lediglich eine formale Information über den Wahlvorgang:

„Inhaltlich dürfte klar sein, dass der Gemeinderat abgestimmt hat. Wie dies geschah, ist hinlänglich bekannt. Ich persönlich werde keine öffentliche Stellung mehr beziehen, um meine Funktion als Abstimmungsleiter nicht zu gefährden. Zurückhaltung ist meiner Einschätzung nach auch geboten, um größtmögliche Sachlichkeit in der schon emotionsgeladenen Atmosphäre zu wahren.“

Auf dem Stimmzettel, der den Ettringern am kommenden Sonntag vorliegen wird, befinden sich zwei Fragen und eine Stichfrage.

Die Frage zum Bürgerentscheid 1 lautet: „Sind Sie dafür, dass auf der Trasse A 6 keine Umgehungsstraße gebaut wird und dass zu diesem Ziel die entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates Ettringen zur Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes aufgehoben werden und das Planverfahren eingestellt wird?“

Die Frage zum Bürgerentscheid 2 lautet:

„Sind Sie dafür, dass auf der Trasse A 6, die sich als Konsens-Trasse der langjährigen Verhandlungen ergeben hat, eine Umgehungsstraße gebaut wird und das hier notwendige Verfahren zeitnah und zielgerichtet weiter verfolgt wird?“

Jede der beiden Fragen muss mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden. Wenn beide Fragen mehr Ja- als Nein-Stimmen erreichen sollten, gelten beide Begehren als angenommen. Es entsteht dann eine Pattsituation. Daher wird auch noch eine Stichfrage gestellt, damit die Gemeinde eine Entscheidung erhält, die sie auch vollziehen kann.

Die Stichfrage

Die Stichfrage lautet:

„Wenn für beide zur Abstimmung stehenden Bürgerentscheide jeweils eine Mehrheit mit „Ja“ stimmt: Welche Entscheidung soll dann gelten?“

Hier kann der Wähler dann entweder „Bürgerentscheid 1“ oder „Bürgerentscheid 2“ ankreuzen.

MZ 24.10.2002

„A4 mitten durch das Wiesenbrütergebiet“

Richtigstellungen der Unteren Naturschutzbehörde

Ettringen (emf).

Nach dem gestrigen MZ Bericht über die Alternativ-Vorschläge A4 und A8 ("Senderweg") meldete sich heute Werner Würstle, Leiter der Unteren Naturschutzbehörde im Landratsamt zu Wort.

Würstle betonte, dem Landratsamt Unterallgäu sei es zwar verwehrt, auf den Entscheidungsprozess im Rahmen eines Bürgerbegehrens Einfluss zu nehmen. „Aber,“ so der Beamte in seinem Schreiben, „in der Mindelheimer Zeitung vom 23. Oktober und in dem Flugblatt der IG Umgehung Ettringen werden bezüglich der Unteren Naturschutzbehörde Aussagen getroffen, die der Richtigstellung bedürfen.“

Werner Würstle stellt im Wesentlichen zwei Punkte klar:

„Erstens ist die Aussage, bei der Variante A4 brauchte die Untere Naturschutzbehörde nicht mehr gefragt werden, weil sich die Trasse im Bereich eines genehmigten Flächennutzungsplans befindet, nicht richtig. Der Flächennutzungsplan ist nach dem Baugesetzbuch ein vorbereitender Bauleitplan, während der Bebauungsplan ein verbindlicher Bauleitplan ist. Wird nun aus einem Flächennutzungsplan eine Maßnahme konkretisiert, sei es nun durch einen Bebauungsplan oder eine sonstige behördliche Gestattung, sind die Behörden oder sonstigen Träger öffentlicher Belange, also auch die Naturschutzbehörden, wieder zu beteiligen.“

Unzerschnittener Lebensraum

Der zweite Punkt zu dem sich Würstle genötigt sieht Stellung zu nehmen betrifft den Verlauf der beiden vorgeschlagenen Trassen. Dazu sagt er:

„Die Aussage, die Trasse A8 (Verschiebung nach Osten) würde dem Naturschutz hinsichtlich des

Wiesenbrütergebietes entgegen kommen, ist nicht richtig.

Die geplante A6 verläuft entlang der Grenze des Wiesenbrütergebietes, während die Trasse A8 dieses Gebiet durchqueren würde. Außerdem war es für die Naturschutzbehörden hohe Priorität, den bisher noch relativ unzerschnittenen Landschaftsraum des östlichen Wertachtales von überregionalen Straßen frei zu halten.

Die „Alternativtrassen“ A4 und A8 würden dieser Kernaussage zuwider laufen.“

MZ 28.10.2002

Bürger haben sich für die A 6 entschieden

Hohe Wahlbeteiligung beim Bürgerbegehren in Ettringen - Ortsumgehung wird gebaut, wie vom Gemeinderat beschlossen

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder
Ettringen.

Ungeachtet des Sturms, der am Wochenende über Deutschland hinweg fegte, scheinen für Ettringen die stürmischen Zeiten jetzt erst einmal vorbei: Das Bürgerbegehren ergab ein eindeutiges Votum für den sofortigen Bau der Ortsumgehung auf der vom Gemeinderat beschlossenen Trasse A 6.

Insgesamt lag die Wahlbeteiligung in Ettringen mit seinen Ortsteilen Siebnach und Traunried bei 66,74 Prozent, in Ettringen selbst sogar bei über 80 Prozent. Es stimmten 80,8 Prozent der Bürger für den Bau der A 6. Relativ viele ungültige Stimmen (insgesamt 273) deuten darauf hin, dass die Fragestellung als einigermaßen kompliziert empfunden wurde.

Das Ergebnis, das heute noch offiziell bestätigt werden muss, war mit Spannung erwartet worden. Gekostet hat das Bürgerbegehren die Gemeinde rund 2500 Euro. Erleichtert zeigte sich Bürgermeister Robert Sturm. „Jetzt weicht hoffentlich der Alldruck endlich von der Gemeinde,“ sagte er gestern Abend. „Das Wahlergebnis ist eindeutig und bestätigt die Arbeit des Gemeinderats.“

Er hoffe, so Sturm, dass nun wieder Frieden im Dorf einkehre. Er habe die letzten Wochen doch als sehr belastend empfunden. „Wir werden,“ kündigte er an, „nun so schnell wie möglich die Arbeit am Bebauungsplan wieder aufnehmen und zügig vorantreiben.“ Er rechne fest damit, rechtzeitig für die in Aussicht gestellte Förderung mit der Planung zu Rande zu kommen.

Michael Wolf von den A 6-Befürwortern sagte, er sei froh, „dass sich die Mehrheit zum Wohle der Allgemeinheit entschieden hat. Durch den Bau der A 6 wird nicht nur die Sanierung des desolaten Ortsbildes sinnvoll, sondern auch die Lebensqualität aller Mitbürger sehr verbessert.“ Er kündigte an, die an der Hauptstraße angebrachten Plakate sofort entfernen zu wollen.

Max Maurus von der Interessengemeinschaft gegen die A 6 reagierte gelassen auf das Wahlergebnis und meinte: „Es ist ein klares, eindeutiges Ergebnis, und damit müssen und können wir leben. Das Dorf hat entschieden, wir fügen uns der Mehrheit.“

Gemeinderat Andreas Scheitle (FWV) äußerte seine Freude über den Wahlausgang: „Die große Masse der Bürger hat sich entschieden und ein klares Votum abgegeben. Es wird eine Weile dauern, bis sich das Dorf wieder zusammen findet, aber das wächst bestimmt wieder zusammen.“

Stolz auf die Wähler

Ilse Tschiedert (SPD) versichert, sie habe die Erfahrung gemacht: „Wenn's um die Wurst geht, weiß das Wählervolk, auf was es ankommt, das haben wir heute wieder erlebt. Ich bin sehr froh, dass so viele die Arbeit des Gemeinderats bestätigt haben, sonst säßen wir ja umsonst drin. Wenn die A 6-Gegner das Wahlergebnis akzeptieren, wie sie ja versichern, dann wird der ganze Spuk sehr bald vergessen sein.“

Ulrich Plukas (CSU), der im Rat gegen die A 6 gestimmt hatte, bewertete das eindeutige Ergebnis und die hohe Wahlbeteiligung ebenfalls als „sehr gut. Ein knapperes Ergebnis wäre problematisch geworden, aber jetzt gibt es keinen Raum mehr für Diskussionen, und das ist gut so.“ Er habe keine Probleme, unter Vergangenheit einen Schlusstrich zu ziehen und glaube daran, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Gemeinderat fortgesetzt werden könne. „Ich werde,“ versicherte Plukas, „mehr denn je aktiv und konstruktiv mitarbeiten. Wer etwas anderes annimmt, kennt mich schlecht.“

Sowohl die Gegner als auch die Befürworter der A 6 waren sich einig darin, dass das Bürgerbegehren ein gutes und sinnvolles Mittel gewesen sei, eine Entscheidung herbei zu führen.

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses durch Bürgermeister Sturm trafen sich beide Seiten zur Nachbesprechung, die Gewinner natürlich auch zum Feiern. Gemeinderat Wilfried Hartmann meinte: „Für uns ist heute schon Weihnachten.“

MZ 22.01.2003

Bürgermeister: "Das Maß ist voll"

Sturm wehrt sich gegen Kritik aus Wiedergeltingen

Ettringen (emf).

Verärgert äußerte sich Ettringens Bürgermeister Robert Sturm über eine Äußerung seines Wiedergeltinger Kollegen Michael Schulz im Zusammenhang mit der Umgehungsproblematik.

In der jüngsten Sitzung des Wiedergeltinger Gemeinderats hatte Schulz laut MZ-Bericht vom 17. Januar gesagt, „dass die Y-Lösung durch den Alleingang von Ettringen ja nun vom Tisch sei“. Sturm sagte in öffentlicher Sitzung, das Maß sei nun voll - er habe es satt, aus der Presse von haltlosen Angriffen gegen den Ettringer Rat zu erfahren.

In einem offenen Brief an seinen Amtskollegen forderte er diesen auf klar zu stellen, „was Sie zu dieser Auffassung, dass durch den Alleingang der Gemeinde Ettringen eine Gesamtlösung verhindert wurde, gebracht hat.“ Sturm nannte die Anschuldigung „unfair und unrichtig“. Was die Y-Lösung verhindert habe, sei nicht Ettringen, sondern die negative Stellungnahme der Naturschutzbehörden sowie die Raumanalyse des Planers Professor Zettler.

„Vielleicht,“ so Sturm an Schulz, „befragen Sie, was den Willen zur Mitarbeit an gemeinsamen Lösungen betrifft, Ihren Vorgänger, der sich nur als Beispiel in einer Besprechung 1996 im Maximilianeum kategorisch gegen eine solche Lösung verwahrte.“

MZ 22.01.2003

"Ein großer Schritt nach vorn"

Bebauungsplan für Umgehung Ettringen wird rechtskräftig - Lärmschutzwall nicht vom Tisch

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder

Ettringen.

Der Baubeginn für die Ortsumgehung Ettringen rückt näher. Nach der zweiten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans fand im Gemeinderat eine Abwägung der neuen Einwendungen statt. Einstimmig verabschiedete der Rat nach intensiven Gesprächen den Plan. Der angedachte Lärmschutzwall bleibt in der Diskussion.

Wegen einer Änderung des Bebauungsplans - der geringfügigen Verschiebung der Trasse nach Norden - wurde die zweite Auslegung notwendig. Die dazu geäußerten Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange waren sämtlich unproblematisch, so dass einem Bau jetzt rechtlich nichts mehr im Wege steht.

Was die Ettringer Bürger betrifft, so kam von mehreren Seiten die Bitte, die ablehnende Haltung zu einem Lärmschutzwall im Osten doch nochmals zu überdenken. Dazu gab es im Rat eine längere kontroverse Diskussion. Wie berichtet, liegt der Gemeinde ein Lärmschutzgutachten vor, das feststellt, dass die zulässigen Lärmgrenzwerte deutlich unterschritten werden.

Der Weg zum Wall noch offen

Das bedeutet, dass dieser Wall eine freiwillige Leistung der Gemeinde wäre und rechtlich im Rahmen des Bebauungsplans nicht relevant ist, deshalb darin auch nicht vorkommt. Zwar hatte sich der Rat bereits im November mit knapper Mehrheit gegen eine Aufnahme des Walls in den Plan ausgesprochen.

Bürgermeister Robert Sturm und Ingenieur Günther Thielemann stellten jedoch klar, dass der Weg zum Wall damit nicht endgültig verbaut sei - er bedürfe zwar einer eigenen Baugenehmigung, könne aber jederzeit unabhängig vom Bebauungsplan der Ortsumgehung errichtet werden.

Einstimmig beschloss der Rat, die Entscheidung darüber erst dann zu treffen, wenn geklärt werden kann, in welchem Rahmen sich die Kosten bewegen. Das wird vor allem davon abhängen, ob beim Straßenbau vor Ort Bodenmaterial anfällt, das ohne größere Transportkosten in den Wall eingebaut werden kann. Darüber, so Thielemann, bestehe derzeit noch keine Klarheit.

Für einen Wall von drei Meter Höhe und 950 Meter Länge werden rund 23000 Kubikmeter Füllmaterial und 4900 Quadratmeter zusätzlicher Grund gebraucht. Das würde Kosten zwischen 200000 und 270000 Euro verursachen, sagte Thielemann, könnte im günstigsten Fall aber auch billiger werden. Thomas Müller wies auch auf die Folgekosten hin, die die Pflege des Bauwerks verursachen werde.

Brücke mit Geh- und Radweg?

Zur Diskussion stand auch die Frage, ob man in die neue Wertachbrücke, die im Zuge der Ortsumfahrung errichtet werden muss, einen Geh- und Radweg integrieren solle.

Dies würde Mehrkosten von rund 74000 Euro verursachen, von denen die Gemeinde rund 30 Prozent zu tragen hätte. Wollte man später einen separaten Steg für Fußgänger und Radler bauen, dann würde dieser wesentlich mehr kosten - mindestens 250000 Euro.

Zu dieser Problematik gab es unterschiedliche Meinungen. Bürgermeister Sturm und Andreas Scheitle wiesen auf den Freizeitwert eines solchen Weges hin und meinten, bei einer so hohen Förderung dürfe man fast nicht nein sagen. „Wir müssen vorausschauend denken,“ fand Scheitle. „Die Brücke wird schließlich für die nächsten 70 Jahre gebaut.“ Peter Anwander verwies auf die Vorteile eines Geh- und Radweges für die Ostsiedlung.

Radwegenetz ausbauen

Wilfried Hartmann, Roland Scherbaum und Thomas Müller fanden, man solle lieber das bestehende Radwegenetz ausbauen und die Radler durch den Ort leiten statt außen herum. Ein Weg über die Brücke, der dann im Nichts ende, habe außerdem wenig Sinn.

Schließlich wurde einstimmig beschlossen, sich nichts zu verbauen, zunächst einmal für den Geh- und Radweg zu plädieren und abzuwarten, ob auch dessen Weiterführung nach Osten und Westen in die Bezuschussung fallen werde. Wenn ja, dann sei er eine sinnvolle Sache.

MZ 20.09.2003

75 Prozent Zuschuss für die Umgehung

Ettringen (mst). „Die Leinen können los gemacht werden,“ verkündete jetzt Ettringens Bürgermeister Robert Sturm, nachdem ihm die Zusage des Bayerischen Innenministeriums auf dem Tisch liegt, wonach es für die geplante Umgehung einen Zuschuss in Höhe von 75 Prozent gibt. Damit, so Bürgermeister Sturm, löse

Innenminister Beckstein ein mündliches Versprechen ein, dass er am Rande der Einweihung der Türkheimer Umgehung in einem Gespräch zwischen ihm, Landrat Dr. Hermann Haisch und MdL Franz Pschierer gegeben habe.

In der Gemeinderatssitzung am kommenden Montag, 22. September, um 20 Uhr in der neuen Schule befasst sich der Ettringer Rat unter anderem mit der fachtechnischen Stellungnahme der Regierung von Schwaben zum Entwurf der Umgehungsstraße. Die Ausschreibung des Projekts erfolgt dann durch das Straßenbauamt Neu-Ulm.

MZ 24.09.2003

"Leinen los" für die Umgehung

Regierung heißt Ettringer Pläne gut - 75 Prozent Zuschuss für Sonderbaulastmaßnahme

Von unserer Mitarbeiterin Eva-Maria Frieder
Ettringen.

Wie bereits kurz berichtet, hat das Bayerische Innenministerium für den Bau der Ortsumgehung Ettringen Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent zugesagt. Nachdem nun auch die Regierung von Schwaben die Pläne gutgeheißen hat, kann die Ausschreibung durch das Straßenbauamt Neu-Ulm beginnen.

Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) erklärte das Ministerium die veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von rund 7,4 Millionen Euro für voll zuwendungsfähig. Da der Gemeinde zugesichert wird, die Zahlungen entsprechend dem Baufortschritt zu leisten, werden auch keine hohen Vorfinanzierungen nötig sein.

Bürgermeister Robert Sturm hofft, dass noch heuer mit dem Bau begonnen werden kann. Als erste Maßnahmen werden die beiden Brückenbauwerke - über die Wertach und über die Bahnlinie - in Angriff genommen.

In seiner jüngsten Sitzung befasste sich der Gemeinderat mit der fachtechnischen Stellungnahme der Regierung von Schwaben, die die Pläne für das Projekt sorgfältig geprüft hat. Ein Sonderlob der Regierung ging dabei an das Büro Thielemann & Friderich aus Dinkelscherben. Sturm erwähnte dies ausdrücklich und meinte, es sei eine hohe **Auszeichnung für den Planer**.

Zu bemängeln gab es denn auch von Seiten der Regierung wenig, da die Pläne alle Auflagen erfüllen.

Günther Thielemann erläuterte den Ratsmitgliedern lediglich einige konstruktive Änderungsvorschläge der Regierung in Detailbereichen. Es ging dabei unter anderem um die Belagstärke und die Querneigung, um das Geländer der Wertachbrücke, um kleinere Einsparmöglichkeiten und um Leitungskreuzungen mit Gas und Elektrizität.

Besprochen wurden auch die Anschlüsse landwirtschaftlicher Wege, die auf Vorschlag der Regierung etwas geändert werden. Der Gemeinderat billigte einstimmig die Vorschläge der Regierung.